

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 37.

Charlottenburg, Freitag, den 10. September 1920.

Jahrg. 47.

Kündigungsfreie Verlängerung des Lohnabkommens im Tarifvertrage.

Die Unterzeichneten erklären unter der Versicherung erfolgter Zustimmung der Vertragsbeteiligten das für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Juli 1920 abgeschlossene und vom 15. Juli ab mit halbmönatlicher Kündigung verlängerte Lohnabkommen als unter Verzicht auf ein Kündigungsrecht bis zum Ablauf des Mantelvertrages, d. i. bis zum 20. September 1920, verlängert.

Berlin, den 31. August 1920.

Furbach.

Georg Wollmann.

Afford- oder Zeitlohn.

Die Frage der Entlohnungsart spielt heute eine bedeutende Rolle in unserem gesamten Wirtschaftsleben. Das Verlangen nach Abschaffung der Affordarbeit ist heute in allen Arbeiterkreisen der gesamten Industrie vorhanden. In verschiedenen Industrien ist die Affordarbeit abgeschafft worden und heute die Wiedereinführung derselben auf der Tagesordnung. Auf der einen Seite stehen die Unternehmer und deren Interessenvertreter, die aus naheliegenden Gründen der Affordarbeit das Wort reden, aber auch Volkswirtschaftler, die von direkten materiellen Interessen unberührt, aus Gründen einer größeren Wirtschaftlichkeit der Arbeit dem Affordsystem den Vorzug vor der Zeitlohnbezahlung geben, sind vorhanden. In der feinkeramischen Industrie ist das Affordlohnsystem die vorherrschende Entlohnungsart. Da gibt es neben dem Einzelafford auch das Gruppenaffordsystem, bei dem ein Arbeiter immer der Antreiber des anderen ist.

Die Erfahrungen, die unsere Kollegen mit dem Affordlohnssystem zu machen gezwungen waren, sind, wenn vielleicht auch nicht immer in so ausgeprägter Form, von den Arbeitern anderer Industrien ebenfalls gemacht worden. Wir wissen zu genau, in welcher Art der „Affordlohn“ festgestellt und wie er dann durchgeführt wurde und zum Teil heute noch durchgeführt wird.

Mit der Einführung des Tarifes ist ohne Zweifel dem Affordlohnssystem in unserer Industrie zunächst einmal eine gewisse Unterlage gegeben worden. Die Affordlöhne sollen so kalkuliert werden, daß sie 25 Proz. höher stehen als die Mindeststundenlöhne der Zeitlohnarbeiter. Damit ist aber noch nicht alles erreicht. Wie oft haben wir nicht hören müssen, daß in dem oder jenem Werke es nicht möglich ist, im Afford 25 Proz. mehr zu verdienen als im Zeitlohn. Natürlich liegt es dann am Arbeiter, der nicht leistungsfähig genug ist usw. Was auch uns fehlt, ist eine Art der Festsetzung des Affordlohnes, zu der auch die Arbeiter Vertrauen haben können.

In Nr. 20 der Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie „Die Neue Zeit“ vom 13. August 1920 nimmt ein Fabrikbesitzer Herr Beyer, Berlin, das Wort zu der Frage: „Afford- oder Zeitlohn?“ Wir setzen seine Ausführungen hierher, weil sie uns belesenstwert erscheinen, wenn wir auch nicht mit allen Einzelheiten darin ausgesprochenen Auffassungen uns identifizieren können. So lange es uns nicht möglich ist, die Abschaffung der Affordarbeit und Einführung allgemeiner Zeitlohnbezahlung einzuführen, haben wir auch das größte Interesse daran, die Schäden des Affordsystems nach Möglichkeit zu beseitigen.

Nach einer Einleitung sagt Herr Beyer in seinem Artikel:

An sich herrscht in der Arbeiterschaft gegen die Affordarbeit keine große Abneigung; nur die ungerechte Durchführung geöffneter Affordverträge durch die Unternehmerhilfskräfte ruft Abneigung hervor. Der deutsche Arbeiter, der hochwertiger erzeugt, vermag sehr wohl zwischen sich und den weniger

leistungsfähigen Kollegen zu unterscheiden; deshalb kommt es hauptsächlich auf richtige Behandlung der Arbeiter an. Sie läßt leider noch immer viel zu wünschen übrig. Der Streit, der zwischen Arbeitern und Vorgesetzten innerhalb der industriellen Werke herrscht, wurde schon mit der Industrie geboren; denn es wird immer Vorgesetzte geben, die nicht die Fähigkeit besitzen, Untergebene gerecht zu leiten; und gegen solche Vorgesetzte ergreift die Arbeiterschaft dann Abwehrmittel, die ihren Höhepunkt im wirtschaftlichen Streit erreichen. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß mit der Durchführung geschlossener Affordverträge nur solche Personen betraut werden, die in dieser Hinsicht das Vertrauen der Arbeiterschaft genießen. Nur dann kann die Affordarbeit mit dazu beitragen, das Deutsche Reich aus den bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszubringen.

Afford ist ein zwischen zwei oder mehreren Kontrahenten, das heißt zwischen einem oder mehreren Arbeitgebern und Arbeitnehmern zwecks Erfüllung einer bestimmten Arbeitsleistung gegen ein bestimmtes Entgelt geschlossener Vertrag. Ein solcher Vertrag muß von allen Beteiligten unter allen Umständen restlos erfüllt werden; insbesondere darf während seiner Durchführung von Seiten des Arbeitgebers keine auf Minderung des Arbeitslohns hinzielende Änderung des Vertrages versucht werden. Deshalb sollte jeder Kontrahent vor Erfüllung eines geschlossenen Affordvertrages eine besonders die Preisabmachungen genau präzisierende Abschrift des Vertrages erhalten. Da der für die vertragsmäßig zu leistende Arbeit vereinbarte Preis den Hauptpunkt des Vertrages bildet, so ergeben sich die Fragen: Wer soll diesen Preis festlegen und wie soll er ermittelt werden? Viele Firmen lassen die Affordpreise durch ihren Werkmeister oder durch einen Abteilungsmeister festlegen in der Annahme, daß gerade diese Personen auf Grund ihrer technischen Kenntnisse und ihrer im Umgang mit den Arbeitnehmern gewonnenen Erfahrungen am besten dazu geeignet seien. Dieses Verfahren birgt zwei Grundfehler. Einmal ist es zeitraubend, da die Meister ihrer Haupttätigkeit, das heißt der Beaufsichtigung der ihnen unterstellten Werkstätten entzogen werden; außerdem aber bietet es den Arbeitnehmern eine gute Angriffsfläche bei etwaiger Bekämpfung der Affordberechnung. Durch beide Tatsachen kann die beste Durchführung der Affordarbeit stark gefährdet werden. Es ist daher zweckdienlicher, wenn die Affordpreise durch eine den Arbeitern unparteiisch gegenüberstehende Instanz ermittelt werden. Das kann durch ein Affordberechnungsbureau geschehen, das mit der Aufsicht bei der Herstellung der Werkstücke nicht betraut ist. Es kann nach meiner Erfahrung jedem mittleren und größeren industriellen Werke nur geraten werden, ein solches Bureau einzurichten. Die daraus erwachsenden Unkosten werden hinreichend ausgeglichen durch Ersparnisse bei der Gütererzeugung sowie durch die Vermeidung der heute in ihrer Auswirkung für das Wirtschaftsleben besonders gefährlichen Lohnstreitigkeiten.

Bei Auswahl der Beamten für das Affordberechnungsbureau ist Wert darauf zu legen, daß der Affordberechner praktisch durchgebildet ist; denn um den Arbeitnehmern gegenüber den festgesetzten Affordpreis vertreten zu können, muß er gegebenenfalls das strittige Werkstück auf der von ihm bestimmten Maschine in der von ihm ermittelten Zeit selbst herstellen können. Das ist der Prüfstein für den Grad des Vertrauens, welches die Arbeitnehmer zu dem Affordberechner haben. Kann er das Werkstück nicht vorschriftsmäßig herstellen, oder überschreitet er die von ihm ermittelte Zeit, dann wird die Arbeiterschaft den von ihm festgesetzten Affordpreisen mit Recht Mißtrauen entgegenbringen. Um dies nun möglichst zu vermeiden, lasse man neu einzuführende Werkstücke erstmalig durch einen tüchtigen Vorarbeiter in Anwesenheit eines Vertrauensmannes der Arbeitnehmer und des Affordberechners herstellen.

Man gibt diesem dadurch Gelegenheit, vorhandene Berechnungsfehler richtigzustellen, und der Arbeiterschaft ist durch Zulassung ihres Vertrauensmannes jeder berechnigte Grund zu späterer Anfechtung des gemeinsam vereinbarten Affordpreises genommen. Die Affordberechnung kann auch dadurch günstig beeinflusst werden, daß man ältere Meister und Vorarbeiter, die nach jahrelanger Tätigkeit auf einem Werke für den Werkstattdienst nicht mehr ausreichen, mit beratender Stimme im Affordberechnungsbureau beschäftigt.

Die Affordpreise müssen natürlich so festgesetzt sein, daß sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer damit auskommen. Preise für ständig wiederkehrende Erzeugnisse sind schriftlich festzulegen und den Arbeitern durch Aushang anzuzeigen. Solche Preise dürfen nur aus wichtigen Gründen und dann auch nur im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft geändert werden. Als derartige wichtige Gründe können Änderungen und Verbesserungen der Maschinen und Vorrichtungen gelten, die zur Herstellung der Produkte dienen, sofern deren Herstellungsdauer dadurch verringert wird. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Leitung eines Werkes wird durch strenges Einhalten der festgesetzten Affordpreise sehr gefördert. Dagegen tritt bei der Arbeiterschaft eines Werkes mit Recht Erbitterung ein, wenn die Affordpreise nur unternehmerseitig festgesetzt oder willkürlich abgeändert werden. Schon vor dem Weltkrieg war und noch heute ist es in der Industrie teilweise üblich, dem Stundenverdienst der Affordarbeiter eine Höchstgrenze zu setzen. Man versucht oft, diesen Gebrauch mit dem Humanitätsmantel zu bekleiden, indem man vorgibt, daß die Arbeitnehmer dadurch vor Ueberspannung und frühzeitiger Erschöpfung ihrer Arbeitskraft bewahrt werden sollen; hauptsächlich aber verfolgt man damit den Zweck, die Arbeitnehmer von der Versuchung zum Wuschen abzuhalten. Das Verfahren ist jedoch unersprießlich für beide Teile und schädigt außerdem den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands; denn wenn man zum Beispiel den Stundenverdienst des Arbeiters auf das Eineinhalbfache seines Zeitstundenlohnes begrenzt, wenn also ein Arbeiter bei 4 Mk. Stundenlohn im Afford nicht mehr als 6 Mk. verdienen kann, dann wird der Arbeiter vernünftigerweise nicht darüber hinaus arbeiten; denn er muß ja damit rechnen, daß der Affordpreis für das Werkstück um den 6 Mk. übersteigenden Stundenverdienst gekürzt wird, und dies kann bei einem großen Afford ein recht erheblicher Betrag sein.

Als weitere Folge ergibt sich, daß ein solcher Arbeiter bei seinen Kollegen bald als „Vohndrücker“ verrufen ist, dem dann der Unwille der Kollegenschaft verleiht oder handgreiflich dargetan wird. Dies wird er unter allen Umständen zu vermeiden suchen. Er rechnet sich deshalb bei sogenanntem garantierten Stundenlohn die zwecks Herstellung des übernommenen Werkstücks erforderliche Zeit wie folgt aus: Wenn ich für die Ausführung des Werkstücks die garantierten 150 Mk. erhalten will, so muß ich mindestens 25 Stunden daran arbeiten. Ich will nun aber sichergehen und werde auf die Herstellung des Werkstücks 25½ Stunde verwenden; alsdann beträgt mein stündlicher Verdienst 5,90 Mk., ich bleibe somit unter der Höchstgrenze um 10 Pf. zurück und habe mit niemand Differenzen. Und der aufmerksame Beobachter solcher Vorgänge wird feststellen können, daß gerade meistens die tüchtigen Arbeiter um des lieben Friedens willen dieses Verfahren anwenden; denn die Schreier, die man heute auf allen Werken findet, handeln oft weniger aus Solidaritätsgefühl, sondern versuchen, durch ihr Rundwerk mangelhafte Leistungen zu verdecken. Das schlechteste Rad marrt auch hier am meisten. Diese ungesunden Zustände, an denen im ganzen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich schuld sind, müssen beendet werden! Durch derartige Affordlohnbeschränkungen wird der geschickte Arbeiter gezwungen, an einem Werkstück länger als erforderlich zu arbeiten, und der Betrieb wird durch ungenügende Ausnutzung seines Maschinenparks geschädigt. Außerdem bedeutet das gerügte System geradezu eine Prämie auf den Betrug, herbeigeführt durch falsche Zeitangaben des Arbeitnehmers und jener Aufsichtspersonen, die jede Ueberschreitung des auf dem Werk üblichen Affordstunden-Verdiensthöchstgrenze zu weihen haben.

Es kann bei der Einführung dieses Systems gewarnt werden. So es gehandhabt wird, sollte es möglichst schnell wieder abgeschafft werden; denn der von der Durchführung der Affordpreise zu erwarten wird ausbleiben, ganz abgesehen davon, daß die heutige Arbeiterschaft sich das gerügte Entlohnungsverfahren nicht gefallen lassen und zu Abwehrmitteln greifen wird, die unser Wirtschaftsleben stark erschüttern und gefährden können. An alle in der deutschen Industrie an leitender Stelle stehenden Personen ergeht daher der Ruf: „Gestt ever Werk von jeder schwanlenden Affordpreispolitik zu befreien und geht ersten Affordarbeitern reiflos den Verdienst, den sie durch Geschicklichkeit und Fleiß erzielt haben, fragt dabei nicht nach der

Höhe der von ihnen verdienten Summe!“ Denn ebensowenig wie jeder beliebige Mensch zu verantwortlich-leitender Arbeit befähigt ist, lassen alle Arbeiter eines Werkes sich in eine Höchstlohn-schablone pressen. Die tüchtigen von ihnen werden arbeitsunlustig, während die unfähigen dadurch nicht leistungsfähiger gemacht werden. Jeder Unternehmer sollte bedenken, daß dem Arbeitnehmer seine „Ware“ Arbeitskraft dasselbe ist, was dem Werkbesitzer die fertigen Erzeugnisse bedeuten. Und welcher Kaufmann wird wohl freiwillig seine Waren unter Selbstkosten verkaufen oder nicht danach streben, den Erlös aus seinen Fabrikaten möglichst der Höchstgrenze der jeweiligen Marktpreise anzupassen. Deshalb lege jede Werkleitung die Affordlöhne einwandfrei und eindeutig fest. Sind die veranschlagten Selbstkosten zu hoch, dann muß versucht werden, durch Materialersparnisse oder durch Vereinfachung des Arbeitsprozesses die Selbstkosten zu verringern. Die Werkstatt- und Maschinenunkosten werden ja fast allgemein in Form von Zuschlägen auf die produktiven Löhne berechnet. Welchen Einfluß die Löhne auf die Selbstkostenberechnung der Fabrikate haben können, kann man daraus ersehen, daß jede Mark Produktivlohn noch mit 100 bis 300 Proz. (bei großen Werken sogar bis 700 Proz. und darüber) Werkstatt- und Maschinenunkosten belastet wird. Für die Massenherstellung muß daher mit Pfennigbruchteilen des Produktivlohnes gerechnet werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der bei Ermittlung von Affordpreisen leider oft vergessen oder nicht gebührend berücksichtigt wird, ist die Feststellung der für die Vorbereitung von Affordarbeiten erforderlichen sogenannten „toten“ Zeiten, zum Beispiel für das Einspannen der Werkstücke, die Beschaffung nötiger Vorrichtungen und anderes mehr. Derartige Vorarbeiten beanspruchen manchmal mehr Zeit als die eigentliche Bearbeitung, und es bedarf großer Erfahrung des Affordberechners, um sie richtig abzuschätzen, weil sie sich nicht so einfach errechnen lassen wie die Laufzeiten von Maschinen.

Vor Schluß dieser Zeilen seien noch einige Ausführungen gestattet, die mit unserem Thema zwar nur indirekt zusammenhängen, aber doch von großer Wichtigkeit sind. Die Zeitdauer der Maschinenleistungen ist vielfach mehr oder weniger von der Handfertigkeit des Maschinenarbeiters abhängig, wenngleich nicht in dem Grade wie beim gelernten Handwerker. Er kann sich nun oft einen großen Teil seiner Hilfswerkzeuge selbst herstellen, besonders, wenn es sich um Massenerzeugung handelt. Er wird dann aber die Erleichterungen, die er sich dadurch schafft, vor jedermann als sein „Fabrikationsgeheimnis“ hüten. Wohl aber ist für das ihn beschäftigende Werk von Vorteil, wenn derartige Hilfsmittel einem jeden Mitarbeiter zugänglich gemacht werden. Eine kluge Werkleitung muß daher den Erfindern solcher Hilfsmittel für deren Preisgabe angemessene Prämien in Aussicht stellen. Das regt die gesamte Arbeiterschaft eines Werkes zur Entwicklung neuer und Verbesserung vorhandener Arbeitsmethoden an. Von diesem Verfahren machen leider immer nur noch verhältnismäßig wenig Werke Gebrauch, obgleich der einsichtsvolle Teil der deutschen Arbeiter längst erkannt hat, daß die verkürzte Arbeitszeit und die verhältnismäßig hohen Löhne nur bei gleichzeitiger erheblicher Vereinfachung und Verbesserung der Arbeitsmethoden aufrechterhalten bleiben können. Im Interesse der Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens sollte daher jeder Unternehmer bemüht sein, die Arbeitsfreude seiner Arbeiter dadurch zu fördern, daß er in erweitertem Umfang Vertrauensleute der Arbeitnehmer für die Festlegung der Affordpreise heranzieht und angemessene Vergütungen an solche Arbeiter zahlt, die Material und Zeit sparende Hilfsmittel erfinden. Sein eigener Betrieb wie das ganze deutsche Wirtschaftsleben werden davon Nutzen haben.

Teuerung.

Von Dr. H. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Wenn man die gegenwärtige Teuerung messen will, so kann man zwei Wege einschlagen: Entweder man stellt fest, was man vor dem Kriege gekauft hat, wieviel das damals gekostet hat und wieviel das heute kosten würde, oder man stellt fest, was man heute kauft, wieviel das heute kostet und wieviel das vor dem Kriege gekostet hätte. Beide Wege führen zu interessanten Ausblicken, aber keiner führt zum Ziel. Denn wenn man berechnet, was der Vorkriegsverbrauch heute kosten würde, so erscheint die Teuerung zu groß, da viele Dinge, die man früher in Mengen kaufte, weil sie besonders billig waren, heute besonders teuer sind. Berechnet man aber, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gekostet hätte, so erscheint die Teuerung zu klein, da viele Dinge, die man heute in Mengen kauft, weil sie verhältnismäßig billig sind, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren. Trotzdem empfiehlt es sich, beide Wege zu gehen, denn sie führen zu den Grenzen, innerhalb deren die Wahrheit liegt. Aus diesem Gedankengang her-

aus habe ich im zweiten Juliheft des „Getreuen Eckart“ berechnet: 1. Was haben sechs Schöneberger Arbeiterfamilien im April 1913 verzehrt?; was haben sie damals für diese Nahrungsmengen ausgegeben und was hätte das im April-Mai 1920 gekostet? 2. Wieviel kostete das Existenzminimum der Ernährung von sechs solchen Familien im April-Mai 1920?; was hätten dieselben Nahrungsmengen im April-Mai 1913 gekostet?

1. Die Unterlagen für die Berechnung des Verbrauchs im April-Mai 1913 lieferten die Haushaltungsbücher, die von 53 Schöneberger Familien für das städtische statistische Amt geführt wurden. Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung wurden sechs Arbeiterhepaare mit insgesamt elf Kindern ausgewählt. Ihr Gesamtverbrauch für Ernährung betrug im April-Mai 1913 1293 Mk. Es ist unmöglich, an dieser Stelle die umfangreiche Tabelle, die die Ausgaben im einzelnen nachweist, abzuzeichnen. Sie zeigt insbesondere, wie mannigfaltig die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins vor sieben Jahren war. Daß eine solche Ernährung einen starken Einfluß auf die geistige und gemüthliche Verfassung der Bevölkerung ausüben mußte, liegt auf der Hand. Dies mögen vor allem diejenigen beherzigen, die immer noch nicht begreifen können, wieso eigentlich die „Mentalität“ der großstädtischen Arbeiterschaft jetzt eine andere ist wie vor dem Kriege.

Heute ist es selbstverständlich ausgeschlossen, daß auch nur 5 Proz. der Groß-Berliner Bevölkerung sich so mannigfaltig ernähren könnten. Denn ein Teil der früher in großen Mengen verzehrten Nahrungsmittel ist inzwischen fast gänzlich vom Markt verschwunden. Will man also berechnen, was die Vorkriegsernährung der in diese Untersuchung einbezogenen sechs Familien heute kosten würde, so muß man notgedrungen gewisse Zusammenfassungen vornehmen. Denn es würde schließlich doch auf eine Zahlenspielerlei hinauslaufen, wenn man berechnen wollte, wie groß der Aufwand einer Familie wäre, die sich heute darauf kaprizieren würde, bei einem Gesamtverbrauch von 169,8 Kilogramm Fleisch nun ausgerechnet soundsoviel Kilogramm Hammelfleisch, Schinken usw. zu essen. Man wird vielmehr so vorgehen müssen, daß man sagt: die 23 in die Untersuchung einbezogenen Personen verzehrten im April-Mai 1913 169,8 Kilogramm Fleisch für 362,75 Mk. Im April-Mai 1920 hatten 23 in gleichem Alter stehende Personen Anspruch auf 46,8 Kilogramm rationiertes Fleisch zu einem Preis von 1038 Mk. Wenn sie sich die übrigen 123 Kilogramm im Schleichhandel kauften, so hätten sie dafür, falls sie zur Hälfte Rindfleisch für 32 Mk. das Kilogramm und zur Hälfte Schweinefleisch für 40 Mk. das Kilogramm nahmen, 4427 Mk. aufzuwenden. Ihr Fleischverbrauch unter Zugrundelegung der im April-Mai 1913 verbrauchten Mengen kostete also 1038 Mk. + 4427 Mk. = 5465 Mk. In ähnlicher Weise bin ich für die anderen Nahrungsmittel verfahren, habe also z. B. alle Hülsenfrüchte zusammengefaßt, ebenso alle Mehle, alle Nährmittel usw. Dann ergibt sich eine Steigerung der Gesamtausgabe für Ernährung von 1293 Mk. im April-Mai 1913 auf 20 975 Mk. im April-Mai 1920. Auf den Kopf und den Tag bedeutet das eine Steigerung von 92 Pf. auf 14,95 Mk. Eine Familie also, die sich, zwar nicht so mannigfaltig und nicht so schmackhaft, aber doch *a h n l i c h* ernähren wollte wie vor sieben Jahren, müßte dafür im April-Mai 1920 den 16fachen Betrag ausgeben.

2. Um die umgekehrte Berechnung aufzumachen, d. h. um festzustellen, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gekostet hätte, habe ich zunächst ermittelt, welche Rationen an 6 Familien mit der entsprechenden Altersgliederung für April-Mai 1920 in Berlin-Schöneberg verteilt wurden, was diese Rationen tatsächlich kosteten, und was sie im April-Mai 1913 gekostet hätten. Da zeigt sich, daß die gleichen Mengen, die jetzt 4951 Mk. kosteten, vor 7 Jahren 406 Mk. erfordert hätten. Die Ration, die jetzt auf den Kopf und den Tag 3,53 Mk. kostete, hätte sich vor dem Kriege auf nur 29 Pf. gestellt. Diese Ration reichte aber natürlich nicht entfernt aus, um den Mindestbedarf eines erwachsenen Menschen zu decken. Der Nährwert der den 23 Personen für die zwei Monate zustehenden Rationen betrug nämlich 2 337 000 Kalorien. Nach den Berechnungen von *Z u n g* brauchen nun 23 Personen der obigen Altersgliederung in zwei Monaten 3 294 000 Kalorien. Und es ist interessant, festzustellen, daß die von diesen 23 Personen im April-Mai 1913 verbrauchten Mengen einen Nährwert von 3 450 000 Kalorien hatten, also um etwa 5 Proz. über den physiologischen Bedarf hinausgingen. Im April-Mai 1920 mußten mit den 23 Personen, um ihr Existenzminimum zu decken, zu den Rationen noch Nahrungsmittel im Nährwert von 3 294 000 minus 2 337 000 = 957 000 Kalorien hinzukaufen. Diese konnten sie zu billigeren Preisen als 2378 Mk. gegenüber 201 Mk. vor sieben Jahren beschaffen. In ganzen Worten also die sechs Familien im April-Mai 1920 mindestens 7829 Mk. für ihre Ernährung ausgeben. Die gleichen Mengen hätten im April-Mai 1913 nur 607 Mk. ge-

kostet. Auf den Kopf und den Tag bedeutet das eine Steigerung von 43 Pf. auf 5,58 Mk. Eine Familie also, die sich vor sieben Jahren so ernährt hätte, wie es im April-Mai 1920 am billigsten war, würde damals $\frac{1}{11}$ soviel ausgegeben haben wie jetzt.

Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Berechnungsmethoden zeigt mithin, daß die Ernährung in Groß-Berlin im April-Mai 1920 rund 15mal so teuer war wie vor sieben Jahren.

Wohin steuern wir?

Von einem alten Verbandskollegen wird uns der nachstehende Artikel mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt. Der Ruf nach Einheitlichkeit und Geschlossenheit in der gesamten Arbeiterbewegung ist gewiß am Platze, wenn es der Arbeiterschaft gelingen soll, aus dem gegenwärtigen Dilemma wieder einmal herauszukommen. Die Schriftleitung.

Heute, wo die Verhältnisse jeden Arbeiter zum Denken ausrütteln, wird sich mancher schon die Frage vorgelegt haben: Was wird uns die Zukunft bringen? Die Antwort hat sich jeder wohl selbst gegeben, denn sie lautet: Nichts Gutes. Die Hoffnungen, die man bei Beginn der Revolution hegte, sind als enttäuschte zu werten. Die Arbeiterschaft ist politisch gespalten und kann positive Arbeit durch ihre Vertreter in den Parlamenten nicht leisten. Die Gegensätze treffen sich, man sagt sich nicht gerade Schmeicheleien. Ein jeder leidet darunter, wird unmutig und fragt sich: Ist denn alles krank, nervös, aufgebracht, so daß wirkliche Arbeit, ganze Arbeit zum Wohle unserer Klasse, nicht verrichtet werden kann? In der Schule lehrte man uns: Unser täglich Brot gib uns heute. Wie sieht dieses Brot heute aus? Was kostet es, und was wird es später kosten? Wer bestimmt den Preis? Das sind Fragen, die heute das Denken der großen Masse in Anspruch nehmen und worüber jede politische Partei Rechenschaft vor ihren Wählern ablegen muß. Auch unsere Arbeiterparteien werden wohl in ganz kurzer Zeit Stellung dazu nehmen müssen. Daher heißt es jetzt schon: Mobil gemacht, auf zum Kampf! Als Gewerkschaftler möchte ich fragen: Wo steuern wir hin? Wenn wir uns jetzt nicht zusammenfinden, dann sind wir wirklich diese Zeit und Zustände wert. Jetzt, im gegebenen Moment, müssen wir alles daran setzen, um bessere Zustände zu schaffen. Unsere Unternehmer drängen auf Abbau der Löhne. Der Preis für alle wichtigen Lebensmittel ist ins Kolossale gestiegen, die Preisbildung schreit zum Himmel. Das sind Gegensätze, die nicht Ruhe bedeuten, sondern Sturm. Man fordert uns dadurch geradezu heraus. Schon beinahe sechs Jahre liegt das Unglück auf uns. Warum müssen wir als arbeitende Klasse den größten Teil der Entbehrungen tragen? Als älterer Kollege sehe ich, wie meine Mitarbeiter immer weniger werden, wie sie sich ab Sorgen, zum Wohl ihrer Familien, wie sie fleißig arbeiten, und der hohe Lohn doch nur ein Spottgeld ist im Vergleich zu den Preisen für Lebensmittel, Heizung usw. Reicht dieser Lohn für die notwendigsten Dinge nicht zu, wie kann man dann an andere Sachen denken; dann ist die Kaufkraft erschöpft, und ganze Industriezweige müssen Entlassungen von Arbeitskräften vornehmen. Daß dies ein ungesunder Zustand ist, wird jeder begreifen. Liebe Verbandsgenossen, arbeitet und sorget mit, daß wir einig werden; wir wollen alles Trennende beiseite schieben und in der Organisation praktische Arbeit leisten. Das Unternehmertum will den Herr-im-Hause-Standpunkt voll ausnützen. Uns droht die völlige Verelendung, wir vegetieren nur, während die Klasse, die den Krieg heraufbeschworen hat, sich alles leisten kann. Ist denn die Menschheit noch nicht reif, um dieses Joch abzuschütteln? Eine Anklage gegen die herrschende Klasse gibt wohl die Untersuchung der Schulkinder, namentlich in den Porzellanerwohnorten, allwo die Porzellanerkrankheit in schrecklicher Art und Weise grassiert. Wir wollen normale Zustände. Weg mit der Teuerung und den Bucherpreisen. Gute und billige Lebensmittel her, solange es Zeit ist. Der Bogen ist überspannt, und wenn er plakt, haben sich diejenigen die Folgen zuzuschreiben, die das Volk zur Verzweiflung treiben. M. R.

Ferien!

Von M. A. Hirsch.

Ferien! Ach du herrliches, tolles, wundervolles Wort! Welche Wunder stehen hinter dir! Wieviel Freude — und wieviel in wonniger Freiheit verlebte Stunden! Ueberhaupt wenn man so sonnenhungrig — und so zapplig auf dunkle Wälder, grüne Wiesen und roten Sonnenschein ist, wie — na — wie eben gewisse Menschen, geht, Schatz? — — —

Wier — fünf — sechs — ganze, volle Tage! Jubel!

Nein — diese Aufregung! Schon eine ganze Woche vorher! Dies wird gekauft, und das — und das auch noch. Warum denn nicht? Wir haben ja schon viele Wochen gespart und gespart mit allem möglichem. Die Ferien aber — ach, die Ferien, die

wollen wir aber auskosten. — Am liebsten würden wir es ja machen, wie die Reichen. Wir gingen an die See. Ich — pickfein in Schale — mit einem großen Gut- und dito Kleiderkoffer; etwa so, wie die Frau Geheimrat in der weißen Villa drüben. — Aber das geht nicht. Schwamm drüber! Unsere Ferien sind unsere und für uns alleweil die schönsten.

Wie so mancher Unternehmer, der so recht von Herzen ungern das bißchen Ferienzeit und -geld an seine Arbeiter wendet, würde sich von Herzen freuen, wenn er all den Jubel sehen und mitfühlen könnte, den er damit geschaffen. Wohl kann es auch vorkommen, daß in manch einem die ungewohnte Freiheit, die Jugend und vielleicht auch die Liebe gährt wie junger Wein — daß er etwas allzu flott mit dem Gelde umgeht — vielleicht auch etwas allzu ungeniert sein Mädel abküpft — aber daß nach jedem solchen Ausnahmefall ein so großes Gegreine anhebt von verkommener Jugend uff., ist wohl kaum nötig. Es macht nichts besser. Das schöne Wort: daß die Jugend austoben muß, ist doch nicht allein für die Studenten gemacht worden . . .

Also — mit dem ersten Zuge soll's losgehen — auf den Glaser Schneeberg. Frei san mer. Geld han mer. — Zuhu! —

Aber oho — wie staunen wir, als wir zum Zuge kommen. Am Bahnhof — alles gedrückt voll Waldenburger — lauter Porzliner, die uns alle Ude! sagen wollten. Na — natürlich, wenn man in die Ferien geht! Aber gefreut hab' ich mich riesig — nicht zum — — — Was?! Ich soll nicht so schwindeln?! —

Gar niemand wäre dagewesen?! — — —

Ach — nein — wirklich! Wenn ich mich recht besinne — das waren — eigentlich — ganz fremde Menschen. Gar keine Porzliner! Schade — ich war grad' so schön im Zuge

Auf den Glaser Schneeberg gehn wir aber wirklich.

Gegen Abend wandern wir — schon fast oben an der Schweizerei, über eine kleine, grüne Wiese. Etwas müde — aber Hand in Hand, wie zwei glückliche, glückliche Kinder . . . Die rote Abendsonne glüht um uns und leise flüstert der Wald . . . und mit Jauchzen fühlen wir, daß in uns Freude, Jugend und quellendes, rotes, heißes Blut ist — und daß wir — Ferien haben . . .

Das heißt: Wir können aufstehen, wann wir wollen — schlafen gehen, wann wir wollen . . . Wir können gut essen — gut trinken und dabei bleiben, solange es uns gefällt. Ach — ist das schön! . . .

In der Schweizerei wird abends bis Elf getanzt und Schnabähüpfli gesungen . . . Und was für welche! Achse! Wenn man Oesterreicherin ist, da schaudert einem manchmal die Haut — wie verdreht doch der wunderschöne Tiroler oder Wiener Dialekt wird.

Von der Schweizerei haben wir nur noch ein kurzer Stüd Weg zu steigen, und wir sind am Schneeberg. Trotzdem die Welt im herrlichsten Sonnenschein liegt — mich fröstelt's hier oben. Die riesigen, dunklen Berge ringsum trinken alle Sonne und geben nichts wieder . . . Wie gebannt in Schönheit liegen sie ringsum. Nichts Kleines sieht das Auge mehr — nur Größe — erdrückende Größe. Ich atme auf, als wir wieder unten sind.

Du — ich möchte jetzt meine Schokolade essen . . .

Wohl sucht mein Schak gar eifrig, aber er macht so sonderbare Augen dabei . . . Du — die Schokolade muß ich wohl vergessen haben . . .

Vergessen — meine Schokolade? — Ach, du Heimtüder! Du willst mich bloß ärgern . . . Gib doch! Nach! . . .

Wirklich — ich muß vergessen haben . . . Wir kommen ja bald wieder hin . . . Ich bin empört! Ich hab' eine Wut! Aber ich räche mich! Ich weiß bestimmt, daß er mich nur ärgern will — aber ich räche mich — Gelegenheit wird sich finden.

So gehen wir eine Weile still nebeneinander her. Er betrachtet sich angelegentlichst die Wiese drüben am Berge. Ich krame in meinem Täschchen, ob ich da nichts zum Anabbern finde.

Oho — was ist das? — Männels Streichhölzer und die Zigarettensfabrik. Ist das fein! Das hatte er nun heute Morgen in der Schweizerei liegen lassen . . . Auch mein Pilliptrauchzeug spüre ich unter den Trampeln . . . Na warie, viellieber Freund und Ehegatte! — — — uckerhü! Schokolade Nebensache . . . Ich spanne. Sein Vorrat an Zigarettten muß alle sein . . .

Richtig! Es dauert nicht lange, da fängt er an zu suchen. — Erst so recht bezagelt. Er will schon die Vorfrende recht auskosten. — Dann wird das Er . . . heftiger — immer heftiger . . . Endlich . . . er . . . Tasche ganz um . . . U — da fällt die „vergessene“ Schokolade heraus . . . Ich habe nichts gesehen. Ich schaue mir jetzt auch die Wiese am Berge da drüben . . . Schnell hat er die Schokolade wieder verschwinden lassen . . .

. . . Heimtüder — Heuchler — Jesuit . . .

Kallos schaut er an sich herunter. Er kann das gar nicht lassen, daß er sein geliebtes Rauchzeug soll vergessen haben . . .

Er räuspert sich. Jedenfalls will er sich Trost holen in seinem Unglück . . . Da mache ich mein Täschchen auf und fange an, mir so recht umständlich eine Zigarette zu drehen. (Er hat es mich selbst gelehrt.) Während ich dann mit hohlen Händen das Streichholz daran halte und dabei einen verstohlenen Blick auf ihm schide — hätte ich bald hell aufgelacht . . . Wie, du bastest! Und schnuppert! Ratlosigkeit; Schuldbewußtsein, Freude — all das drückt sich in Haltung und Augen zum Greifen deutlich aus.

Ach, Weibi, flötet er, du gibst mir doch auch eine Zigarette. Weiß der Teufel, ich muß mein Rauchzeug haben irgendwo liegen lassen.

Wir kommen ja bald wieder hin — sage ich ebenso liebenswürdig, wie vorhin er. — — — Aber — du hast doch Zigaretten — Weibi? — — —

Ja — sage ich gleichmütig — aber in Ermangelung der „vergessenen“ Schokolade werde ich sie wahrscheinlich selbst anrauchen. — — —

Ach ja, die Schokolade, tut er scheinheilig — ich will doch noch mal richtig suchen!

Ach schau — da ist sie ja! Wo die sich wohl verbrochen hatten!

Danke, sage ich, als er mir sie so artig überreicht. — Aber mir schmeckt jetzt wirklich eine Zigarette besser. Ueberhaupt ein famoser Tabak! Wo hast du den her? Nimm mal! Wunderschön nicht? . . .

Und er riecht . . . Ich glaube aber nicht, daß es einem anderen Menschen einfallen würden, beim Nicken ein solches Gefäch zu schneiden . . . Dann schaut er mich an . . . Na — und? Komm' ich denn jetzt eine . . . ?

Eine Zigarette! Aber Liebster! Ich hatte doch bloß zwei Stüd. Die sind alle jetzt! Aber die Schokolade wird mir jetzt gut schmecken! — — —

Ach, das Gesicht! O, Ferien!

Aus unserem Verne.

Gipsfigurenbranche! Achtung! Zuzug nach Ben (Holland) fernhalten! Von der Ortsgruppe Benlo des Verband der Porzellan- und Glasarbeiter Hollands wird uns mitgeteilt, daß in den Figurenfabriken, Firma Binsse und Firma O. Er die Kollegen am 4. September d. J. in den Streik treten. Gesichert wird eine Lohnerhöhung und die 50stündige (an Stelle der jetzt 56stündigen) Arbeitswoche. Es wird vermutet, daß die genannten bestreikten Unternehmer sich bemühen werden, Arbeitskräfte oder Waren aus Deutschland zu erhalten. In der Hauptsache werden die Kollegen in den der holländischen Grenze am nächsten gelegenen Orten, wie Revelaer, Nacien, M.-Glabbad, gesucht, dafür zu sorgen, daß kein Arbeiter der Gipsfigurenbranche Arbeit in Benlo annimmt, und daß auch keine Waren nach Benlo geliefert werden. Ueber den Verlauf des Streiks wird uns weiterer Bericht in Aussicht gestellt. Haltet die Solidarität hoch, gelte niemand nach Benlo.

Gipsfigurenbranche! Zu dem Artikel des Kollegen Eri Fritsch, Breslau, in Nr. 34 der „Ameise“ möchte ich einige Ausführungen machen. Das Hausieren mit Gipsfiguren ist gewiß für unsere Branche von Nachteil. Aber die Frage, wie dieses zu unterbinden ist, bedarf noch der Lösung. Was Kollege Fritsch anführt, daß junge Italiener im Frühjahr nach Deutschland kommen und im Winter wieder mit gefülltem Sädel nach ihrer Heimat ziehen dürfte jetzt wohl nicht mehr zutreffen, da die Einreisebewilligungen erst von den betreffenden Behörden gegeben werden muß. Schenkungen sind natürlich nicht ausgeschlossen! Die Figurenbranche in Berlin hat am schwersten gegen den Hausierhandel zu kämpfen. Es gab hier Zeiten, wo wir wiederholt so ziemlich alle italienischen Kollegen organisiert hatten. Aber viele halten nicht Stange. Nach kurzer Zeit ihrer Mitgliedschaft gründen zwei oder drei Italiener selbst eine Figurenfabrik. Dieselben mieten sich irgendwo einen Keller und fabrizieren Figuren, gewöhnlich antike Marmotten. Zum Verkauf der Kunstgegenstände werden deutsche Mädchen und Frauen engagiert. Italiener sieht man fast gar nicht hausieren gehen. Nach der Mitteilung, die mir ein italienischer Kollege machte, sollen die Frauen gute Verdienste erzielen.

Die Hausierer zahlen an die Fabrikanten für jede Figur einen bestimmten Preis. Derartige Betriebe bestehen hier eine ganze Anzahl. Daß diese Kellertriebe für die Gesundheit der Arbeiter im höchsten Grade schädlich sind, wird wohl niemand bezweifeln. Die Arbeiter, die dort beschäftigt werden, sind von der Organisation sehr schwer zu erfassen. In der Regel sind es ungelernete Leute, meistens Mädchen, oft auch Bräute der Fabrikanten. Istweil die letzteren nicht verheiratet sind. Die Entlohnung ist sehr gering und auch nach dem Gutdünken der Unternehmer. Zum Teil wird in Akkord gearbeitet. Darüber, wie dort geschuftet wird, kann man sich erst einen Begriff machen, wenn man das Quantum kennt, das dort ein Puffer täglich herstellen muß. S

B. habe ich nach Ausbruch der Revolution in einem derartigen Betriebe gearbeitet. (Es galt aber noch als besseres Geschäft.) Bei einem Wochenlohn von 55 M. wurden von einem guten Puder in 8 Stunden 5—6 Duzend Büsten verlangt in der Größe von 25 Zentimeter. Ebenso dasselbe Quantum Figuren bis zu 30 Zentimeter hoch. Es handelte sich meistens um die Büsten von Schiller, Goethe, Mozart und Beethoven. Von der Gießerei will ich erst gar nicht reden. Wie die Arbeit aussieht, kann sich jeder Schumann denken. Für die angeführten Figuren hat es vor dem Kriege 2 M. Puderlohn für das Duzend gegeben. Nur der Arbeiter gilt hier als tüchtig, der den größten Haufen fertig stellt. Qualitätsarbeit gilt nicht. Diese Engroschusterei ist hier zum größten Teil durch die Schleuderkonkurrenz gefördert worden. Der Puder und Puder sind dabei die Leidtragenden. Die Maler haben es durchweg besser, da bei den Italienern keine Maler zu finden sind. Ich will damit aber nicht sagen, daß unsere Malerkollegen ein faules Leben führen können. Von denselben wird ebenso verlangt zu schuften wie von den Gipfern. Die Malerei in den Kellertrieben ist eine sehr einfache. Eine große Tonne mit schwarzer Farbe, die Figuren werden eingetaucht; wenn dieselben angetrocknet sind, wird grüne Farbe trocken eingestaubt und die Figur ist fertig zum Verkauf. Eisenbeinmasse wird mit Leimwasser und Kalkum hergestellt. Wie schwer es ist, daß die Organisation in solchen Betrieben Fuß fassen kann, möge folgender Fall beweisen. Längst ist es uns gelungen, in einem derartigen Geschäft ein paar Leute zu organisieren. Einer von denselben wurde darauf von seinen Kollegen als Betriebsobmann gewählt. Der Betreffende ist dann mit der Bitte an den Arbeitgeber herantreten, ihm eine Bescheinigung auszustellen, daß er als Betriebsobmann der Firma gewählt ist. Der Arbeitgeber ist nach dem Betriebsrätegesetz dazu verpflichtet. Der Unternehmer hat darauf den Kollegen samt denjenigen, die denselben gewählt haben, entlassen. Die letzteren sind später wieder eingestellt worden. Die Firma haben wir verlagert; die Angelegenheit schwebt noch. Die übrigen, die dort beschäftigt sind, werden natürlich nicht dadurch ermutigt, sich der Organisation anzuschließen. Im allgemeinen sind die meisten Italiener selbständig, so daß wir nur wenige als Kollegen bei uns organisiert haben. Nun meint Kollege Fritsch, wir sollten mit den Unternehmern zusammen „Front“ gegen die Schleuderkonkurrenz machen. Ich bin der Meinung, daß dieses Sache der Unternehmer ist. Hier besteht ein Verein der Berliner Figurenfabrikanten. Angeblich wollen dieselben nur eine Einkaufsgesellschaft sein zwecks Beschaffung von Material usw. In Wirklichkeit führen sie einen harten Kampf gegen unsere Organisation. Die Unternehmerorganisation hatte beschlossen, gegen die Kellertreibung wegen Steuerhinterziehung usw. vorzugehen, aber es scheint, daß sie nicht den nötigen Mut dazu haben, da dieselben in ihrem Verein Italiener als Mitglieder führen. Bekanntlich hat eine Krähne der anderen nicht die Augen aus.

Würden aber die Unternehmer tatkräftig vorgehen, so könnten wir dieselben, vielleicht bei einer Eingabe an das Arbeitsministerium, unterstützen. Solange aber die Unternehmer den Kampf gegen uns führen, lehne ich jede Mitarbeit mit denselben ab. Die Schleuderkonkurrenz würde am besten unterbunden, wenn die Unternehmer gezwungen würden, die Tarislöhne zu zahlen. Auch wäre es zweckmäßig, in der Arbeiterpresse das Publikum auf die Fabrikationsweise und Entlohnung in den Schleudergeschäften aufmerksam zu machen. Im übrigen schließe ich mich dem Kollegen Fritsch an in bezug auf die Berufszählung. Dieselbe könnte für die gesamte Branche von Nutzen sein. Vielleicht äußern sich noch einige Kollegen zu der Sache, damit wir unverzüglich an die Arbeit gehen können, um endlich diese unwürdigen Zustände in unserer Branche auszumerzen. Zu dem Zwecke müßte eine Kommission gebildet werden. Vielleicht in jedem größeren Bezirk, wo die Figurenbranche stark vertreten ist, müßte ein Kollege bestimmt werden, um dann gemeinschaftlich die Sache zu bearbeiten.

Alfred Krebs, Berlin, Ritterstr. 121.

Die Messe in Leipzig. Am Sonnabend, den 28. August, hat die Herbstmesse in Leipzig ihren Anfang genommen. Ueber die Aussichten der Messe für die Porzellanindustrie wird dem „Berl. Tagebl.“ von „kompetentester“ Seite wie folgt geschrieben:

„Die Porzellanindustrie erwartet von der bevorstehenden Leipziger Messe keinen Erfolg. Die Kaufkraft in Deutschland hat im Anfang Mai d. J. sehr nachgelassen, und dies hat zu einer Abschwächung geführt, die es der deutschen Händlerchaft fast unmöglich macht, die in Zeiten der Hochkonjunktur erteilten, sehr belangreichen Aufträge sofort hereinzunehmen. Die deutsche Händlerchaft wird wohl noch längere Zeit brauchen, bis sie ihren bereits übernommenen Abnahmeverpflichtungen nachgekommen ist und wird deshalb nicht daran denken können, neue Aufträge in größerem Umfange zu erteilen. Für das Exportgeschäft hat die Leipziger Herbstmesse niemals eine sehr große Bedeutung gehabt, da die meisten Exporteure nur die Frühjahrsmesse zur Erteilung belangreicher Aufträge benutzten und die Herbstmesse, wenn sie überhaupt kamen, nur informatischen

Zwecken diene. Wenn nun auch angenommen werden kann, daß in diesem Jahre die Exporteure eine größere Kaufkraft zeigen werden, wie bei früheren Herbstmessen, so kann man auf der anderen Seite doch nicht erwarten, daß der Ausfall auf dem deutschen Markt durch einen vermehrten Umsatz für Export ausgeglichen wird. Auch die Porzellanfabrikanten versprechen sich nicht allzuviel von der Herbstmesse, es sei denn, daß die inländische Käuferchaft zum Teil die vorgenommenen Annullierungen wieder aufhebt oder neue Bestellungen für das bevorstehende Weihnachtsgeschäft gibt. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß die Porzellanindustrie jetzt und in absehbarer Zeit nicht an einen Abbau der Preise denken kann, da die Produktionskosten noch immer steigende Tendenz zeigen und die derzeitigen Verkaufspreise kaum ausreichen, um die Produktionskosten zu decken. Namentlich in der letzten Zeit haben sich diese in der Porzellanindustrie dadurch wesentlich erhöht, daß die Kaolin- und Tonwerke eine sehr beträchtliche Erhöhung ihrer Verkaufspreise vorgenommen haben. Die Aussteller der Porzellanindustrie gehen nach alledem mit keinem allzu großen Erwartungen nach Leipzig.“

Das „Tageblatt“ bemerkt hierzu:

„Wir halten es für kurzfristig, wenn die Porzellanindustrie ihren Absatz durch striktes Aufrechterhalten der Preise selbst künstlich und bewußt niederhält. Eine ausreichende Preisermäßigung würde nicht nur den Absatz anregen, sondern auch die durch Einschränkung der Produktion entstehende Erhöhung der Selbstkosten vermeidlich machen. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß nicht alle Produktionskosten der Porzellanfabriken eine steigende Tendenz aufweisen. Viele Porzellanfabriken verwenden als Brennmaterial Braunkohle und Holz. In beiden Produkten sind die Preise in letzter Zeit nicht gestiegen, sondern ermäßigt worden.“

Markfredrich. Da anstelle des zu erwartenden Abbaues der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise eine erneute Steigerung aller Lebensmittel stattgefunden hat, so beschäftigte sich eine am 27. August d. J. im Kaiserhofsaal stattgefundene Porzellanarbeiterversammlung mit der Frage des Ausgleiches der Löhnerhöhung durch eine erneute Lohnerhöhung bezw. Wirtschaftsbeihilfe.

Nach erregter Diskussion wird folgender Antrag zum Beschluß erhoben:

Die Versammelten rechnen mit dem sozialen Verständnis der Porzellanindustriellen und ersuchen um Gewährung folgender Wünsche der Arbeiterschaft:

1. Eine 50prozentige Erhöhung der zurzeit bestehenden Löhne. 2. Zur Eindeckung des Winterbedarfs an Kartoffeln und Heizungsmaterials eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe, und zwar: 300 M. für Verheiratete und alle Haushaltungsvorstände; 200 M. für Frauen und alle Ledigen; 50 M. für jedes Kind unter 14 Jahren.

Durch die erschreckende Notlage der Porzellanarbeiterschaft, die in dem jetzigen Zeitpunkt so kraß zutage tritt und jedem Unternehmer zur Erkenntnis gekommen ist, kann wohl von einer Ablehnung der Wünsche der Arbeiterschaft keine Rede sein. Die Arbeiterschaft sieht einem Entgegenkommen der Arbeitgeberschaft und seiner Spitzenorganisation vertrauensvoll bei der Erfüllung der vorgenannten Wünsche entgegen.

Muschen. Die Differenzen bei der Firma Isolatorenwerke Muschen G. m. b. H., sind auf dem Verhandlungswege beigelegt worden. Ein Teil der Ausständigen ist aber noch nicht wiederingestellt. In der Lohnfrage wurde eine Verständigung erzielt. Sobald die Voraussetzungen gegeben, soll in Accord gearbeitet werden. Die Stundenlöhne der Zeitlöhner sollen ebenfalls eine Aufbesserung erfahren, worüber noch verhandelt werden soll.

München. Aus der Gipsfigurenbranche wird uns geschrieben: Im Juni 1919 haben sich in München die Fachmaler und Gipsformatore der Figurenbranche zum überwiegenden Teil dem Malerverband angeschlossen, um dem tariflosen Lohn- und Arbeitschaos ein Ende zu bereiten. Im selben Monat wurde noch der erste Tarif abgeschlossen. Die Löhne lehnten sich damals nahe an die hiesigen Dekorationsmalerlöhne an. Es konnte dann später nicht mehr ganz Schritt gehalten werden, dazu war die Organisation zu jung. Die notwendigsten Teuerungszulagen konnten nur unter den härtesten Kämpfen von der kleinen Kämpferschar errungen werden. Bei den Verhandlungen wurde vielfach seitens der Arbeitgeber die Konkurrenz im Rheinland (besonders M.-Glabbach), Thüringen und sogar auch Berlin herangezogen, daß diese billiger liefern könnten, als wir in München. Auf die Unmöglichkeit dieses Verhandlungserfolgs will ich gar nicht eingehen, aber ich habe schon lange das Bedürfnis, mit den Kollegen der Gips- und Kunstfigurenbranche, gleich welcher Verbände des übrigen Deutschland, zusammenzuarbeiten und regen Gedankenaustausch zu fördern.

Meines Wissens sind viele Kollegen dieser Branche in manchen Gegenden dem Porzellanarbeiterverbande angeschlossen oder es haben mindestens im Porzellanarbeiterverband organisierte Kollegen mit Kollegen dieser Branche Fühlung. Aus oben genannten Gründen möchte ich nun alle im Porzellanarbeiterverband organisierten Fachmaler, Polychromeure und Gipsformatore und besonders die Fühler- und Hauptstellenleiter genannten Verbandes,

in deren Bereich plastische Kunstanstalten oder Kunstfigurengeschäfte sind, dringend ersuchen, umgehend die bestehenden Verhältnisse in den einzelnen Orten und Werkstätten zu schildern und diesbezügliche Berichte an den Geschäftsführer des Malerverbandes, München, Pestalozzistr. 40 III, zu senden. Gleich, ob die Kollegen hier oder dort organisiert sind, wir müssen uns gegenseitig unterstützen, eine Art freie Arbeitsgemeinschaft bilden, um gemeinsam Bahn brechen zu können für eine bessere Zukunft der Kollegenschaft. Wir werden desto schlagkräftiger sein, je einheitlicher sich unsere Bewegung im ganzen Reich gestalten wird. Es gilt, die Gesamtkollegenschaft für die freien Arbeiterverbände, ob nun für diesen oder jenen, müssen jeweils die gegebenen Verhältnisse des Ortes entscheiden, zu gewinnen, dann wird bei gutem Zusammenarbeiten der Erfolg nur uns selbst wieder zugute kommen.

Heinrich Simon, Sektionsleiter der Gewerkschaftsaktion „Plastische Kunstanstalten“, München, Gärtenstr. 10/o.

Anmerkung der Schriftleitung. Mit der Auffassung des Genossen Simon stimme ich nicht überein, daß es gleich sein soll, je nach den örtlichen Verhältnissen bestimmend, welcher freien Gewerkschaft die Figuristen und Polychromeure angehören. Das Gros der in dieser Spezialbranche beschäftigten Kollegen ist in unserem Verband organisiert. Im Verein und im engsten Zusammenwirken mit den übrigen deutschen Kollegen werden auch die Münchener am besten ihre beruflichen Interessen wahrnehmen können.

Passau. Die Mitgliederversammlung vom 24. August faßte einstimmig nachstehende, an den Verbandsvorstand zu richtende Resolution, deren Annahme wir auch den übrigen Zahlstellen empfehlen:

In Anbetracht der noch ständig steigenden Teuerung fordern die aller Mittel entblößten, notleidenden Porzellanarbeiter eine Lohnerhöhung von mindestens 25 Proz. Die Versammlung erwartet, daß unsere Vertreter bei den nächsten Tarifverhandlungen diese Forderung mit allem Nachdruck vertreten werden. Dem Rufe: „Nur Arbeit kann uns retten“ wollen die Porzellanarbeiter von Passau gern Folge leisten und das ihrige dazu beitragen, daß das deutsche Volk durch Arbeit wieder in die Höhe gelangt. Jedoch müssen wir auch in den Stand gesetzt werden, durch ausreichende Ernährung unsere Arbeitskraft in den Dienst des Volkes stellen zu können, und soll der Wert unserer Arbeit auch wirklich der Allgemeinheit und nicht nur einigen Parasiten am Volkskörper zugute kommen. In erster Linie müssen wir verlangen, daß wir von den Früchten unserer Arbeit selbst eine auskömmliche Existenz finden.

In der Urlaubsfrage wurde folgende Resolution gefaßt:

Die Versammlung vom 24. August d. J. stellt an den Verbandsvorstand das Ersuchen, bei den kommenden Tarifverhandlungen dahin zu wirken, daß die Dauer des alljährlich zu gewährenden Ferienurlaubs nicht mehr, wie bisher, von der Dauer der Beschäftigung im Betriebe, sondern von der im Beruf abhängig gemacht wird. Es ist eine nicht zu billigende Härte gegen diejenigen Arbeiter, die nach längerer Beschäftigungsdauer in einem Betriebe aus irgendeinem Grunde genötigt werden, die Stellung zu wechseln, dadurch des bereits erworbenen Rechtes auf einen längeren Urlaub verlustig gehen.

Schirnding. In der am 25. August 1920 stattgefundenen außerordentlichen Sitzung der Zahlstellenverwaltung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung (Betriebsrat), wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, folgende Resolution an den Hauptvorstand einzureichen:

Es wird dem Hauptvorstand dringend ans Herz gelegt, bei den kommenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern seine ganze Kraft einzusetzen, um eine Lohnerhöhung zu erzwingen. Ueberwältigende Gründe und Tatsachen sprechen dafür, daß mit den gegenwärtigen Löhnen kein Arbeiter, auch der bescheidenste, auskommen kann. Was alles teurer geworden ist, glauben wir nicht einzeln aufzählen zu brauchen; die Herren am Verhandlungstisch werden hierzu die nötigen Unterlagen selbst haben.

Wir fordern eine sofortige Lohnaufschlag von 30 Proz. Zugleich ersuchen wir sämtliche Zahlstellen, ebenfalls flammenden Protest zu erheben gegen die bestehende Teuerung, die größtenteils vorbeigerufen wird durch Aufhebung der Zwangswirtschaft, und einzutreten für Lohnerhöhungen.

Selbendorf. Die Porzellanfabrik von Carl Krüger ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark. Wahrscheinlich wird diese neue Aktiengesellschaft in nicht allzu langer Zeit einem der bereits in der Porzellanindustrie bestehenden größeren Konzerne angegliedert werden.

Verlängerung der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung. Der Reichsbund der Kriegsschädigten hatte in einer Eingabe an den Reichsminister der Justiz um Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung ersucht. Bekanntlich lief die Geltungsdauer am 30. Juni ab, nachdem sie schon einmal verlängert worden ist. Dem Ersuchen um Verlängerung hat wie der Reichsminister der Justiz dem Reichsbund der Kriegsschädigten mitgeteilt hat, dadurch Rechnung getragen worden, daß die Verordnung bis zum 1. Januar 1921 in Geltung bleibt. Die Veröffentlichung der neuen Verordnung wird demnächst erfolgen.

8¼ Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Nach einer bei den Vorständen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in diesen Tagen veranstalteten Umfrage hat die Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8¼ Millionen überschritten. Davon zählen 14 Verbände über 100 000 Mitglieder, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Transportarbeiter (600 000), Textilarbeiter (504 000), Bauarbeiter (500 000), Eisenbahner (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gemeindefunktionäre (291 217), Schneider (157 000), Tabakarbeiter (110 000) und Schuhmacher (100 000). Diese 14 gewerkschaftlichen Verbände umfassen zusammen 7 068 000 Mitglieder oder 85,6 Proz. der gesamten Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Versammlungsberichte.

Hermesdorf. Trodem in jeder Versammlung darauf hingewiesen wird, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, hält dies ein großer Teil der Mitglieder immer noch nicht für seine Pflicht, was allerdings in der heutigen Zeit tiefbedauerlich ist. Sollte nun endlich ein Wandel eintreten, so müssen wir zu anderen Entschlüssen kommen. Es kann für die Dauer nicht angehen, daß immer nur ein und dieselben positive Arbeit leisten, für die Saumseligen allerdings mit. Genosse Kellner gibt zunächst den Kassenbericht vom 2. August. Die Einnahmen betrugen 13 654,03 Mk., die Ausgaben 8353,32 Mk. bleibt ein Kassenbestand von 5300,71 Mk. Der Mitgliederbestand betrug 721, und zwar 429 männliche, 292 weibliche. — Zu Punkt 1 berichtet Genosse Planer von der Bezirkskonferenz der Gewerkschaftskartelle. Leider haben keine wichtigen Beschlüsse gefaßt werden können, da nur Eisenberg vertreten war. Es findet in Kürze noch eine Konferenz statt. Zum weiteren gibt Genosse Hilbig ausführlichen Bericht von der letzten Arbeiterratsitzung mit der Betriebsleitung. Hierauf wird ein Telegramm bekanntgegeben, das vom Hauptvorstand eingegangen ist. Der Wortlaut ist folgender: „Beschl. des Betriebsrates, Sitzungen immer in Arbeitszeit abzuhalten ist gescheitert. Bezahlung für einstündige Arbeitsruhe vorige Sonnabend kann nicht gefordert werden. Wollmann.“ Hierüber entspann sich eine sehr erregte Debatte. Wir hätten Herrn Wollmann bei diesem Punkt gern zugegen gehabt, damit er endlich einmal sieht, daß die Arbeiterschaft nicht länger gewillt ist, Führer an ihre Spitze zu haben, die nicht mehr in dem Sinne arbeiten, wie es eigentlich Pflicht wäre; denn aus dem Telegramm ist klar herauszulesen, daß der Vorstand mit der Direktion schon eher korrespondiert hat, als mit unserer Zahlstelle, die ihn doch gewählt hat. Um nun Aufklärung zu schaffen, kam die Versammlung zu dem Entschluß, Herrn Wollmann telegraphisch nach Hermesdorf zu beordern. Der Beschluß wurde einstimmig angenommen. — Punkt 3: Stellungnahme zur Wohnungsnot. Da die Wohnungsnot in Hermesdorf immer größer wird, an ein Bauen von Arbeiterseite aus leider nicht zu denken ist bei den hohen Preisen, soll an die Direktion herangetreten werden zwecks Bereitstellung von Kapital. Im Grunde genommen ist sie der eigentliche Träger der Wohnungsnot. Allerdings besteht selbige nur bei ihren Arbeitern; bei den Beamten ist nichts zu merken. Die Versammlung kam zu dem Entschluß, den Arbeiterrat zu beauftragen, bei der Direktion mit folgendem Antrag vorzutreten zu werden. „Die am 7. August 1920 stattgefundenene Zahlstellenversammlung fordert von der Direktion 500 000 Mk. zinsfreies Kapital zum Bauen von Arbeiterwohnungen. — Unter „Verschiedenes“ legt Kollege Kellner sein Amt als Kartellbelegierter nieder wegen Ueberlastung mit Arbeit. An seine Stelle wird Kollege Richard Vogel gewählt. Zum weiteren wird das Verhalten einiger Meister scharf kritisiert. In der Dreherei soll eine Umgruppierung vor sich gehen; diese Gelegenheit will der Arbeiterrat mit dem Drehereipersonal regeln. Die Sammlung für den Kollegen Hädrich 585 Mk. ergeben. Für den Kollegen Körbs soll nochmals eine Sammlung im Betriebe vorgenommen werden. Nachdem noch einige Einzelheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kronach. Versammlung vom 27. August. Nach Verlesung des Protokolls gab Kassierer Beranek den 1/2-jährigen Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung vorzufinden wurden, wobei die Revisoren, die Kollegen Wüthner und Koch, besonderes Lob unserem Kassierer Beranek ausstellten. Der Kassierer wurde hierauf Entlastung erteilt. — Unter Punkt 3 gab Kollege Weber Richtlinien bekannt, die deswegen notwendig sind, um innerhalb der Porzellanindustrie in Kronach ein einheitliches Arbeiten und Vorgehen der Betriebsräte zu ermöglichen. — Unter Punkt 4, Lohnabbau, erfolgte eine rege Aussprache, was insofern nicht Wunder nehmen kann, da an einen Lohnabbau in jetziger Zeit unter keinen Umständen gedacht werden kann. Es ergab sich zwei Vorschläge betreffs Lohnerhöhung und wurde beschlossen, daß eine Lohn-

höhung von 40 Proz. erfolgen muß; ebenso sollen die Steuerabzüge von den Unternehmern getragen werden. Die Mitglieder waren der Ansicht, daß durch Aufhebung der Zwangswirtschaft unmöglich ein Lohnabbau erfolgen kann, wenn man im „Fränkischen Kurier“ liest, daß Dr. Heim (Führer der christlichen Bauernvereine) in der Frage ist, das Fleisch um 900 Mk. pro Zentner Lebendgewicht absetzen können, was einen Preis von 16 bis 18 Mk. pro Pfund im Kleinverbrauch bedeuten würde. So wie in diesem Fall, wird es mit allen anderen unentbehrlichsten Lebensmitteln gehen. Man erinnere sich nur an die Freigabe der Margarine. Wie es aber im Ernste mit dem Preisabbau bestellt ist, davon folgender Artikel in Nr. 197 vom 1. August der „Fränkischen Volkstribüne“, betitelt: Verhinderung des Preisabbaues!

„Noch frivoler ging der wegen seiner rücksichtslosen Preis-
erhöhere bekannte Verband deutscher Porzellanfabriken im Berlin
vor. Um die dem Verbands noch nicht angehörenden 15 Porzellan-
fabriken zum Anschluß zu gewinnen, wurde die Tendenz der Reichs-
regierung, mit Wirtschaftsverbänden zu verhandeln, in einem Sinne
gedeutet, der schließlich die Außenleiter zur Kapitulation zwang.
Die Folge war zunächst eine Erhöhung der Grundpreise und Teue-
rungszuschläge bis zu 75 Proz.; daran schloß sich später eine Ver-
einfachung der Grundpreise und noch ein Extrateuerungszuschlag von
5 Proz. Aber auch damit war der Verband der Porzellanfabrikanten
nicht zufrieden. Im April 1920 schlug er nochmals 50 Proz.
zu, so daß er innerhalb drei Monate seine Preise um 600 Proz.
erhöhte.“

Dieser Fall zeigt zu deutlich, wo die Verteuerung ihre Ursachen
hat; nicht in den höheren Löhnen und Gehältern, sondern in der
begrenzten Profitier der Porzellanfabrikanten. Mögen diese
erren doch auch mit recht vaterländischer Gesinnung an dem Wieder-
aufleben des deutschen Wirtschaftslebens teilnehmen. Nach einer
sehr lebhaften Aussprache kam folgende Resolution einstimmig zur
Annahme:

„Die am 27. August zahlreich besuchte Zahlstellenversammlung
der Porzellanarbeiter Kronachs protestiert ganz entschieden gegen
den Lohnabbau. Die Versammelten fragen deshalb mit Recht, wo
zu eigentlich der Aufstieg begonnen, und wo hat demzufolge der Ab-
bau zu beginnen? Festgestellt ist, daß die Preise für Porzellane be-
reits im Jahre 1916 gestiegen sind, während bis 1917 auf 1918 erst
ein kleiner Zuschlag auf die Löhne der Arbeiter erfolgte und zwar
Gehalt von wöchentlich 3 Mk. bzw. 60 Pf. Kinderzulage. So
suchte man der steigenden Teuerung den Arbeitern gegenüber
Rechenschaft zu tragen, während sich die Dividenden, Lantien und
Kontifikationen der Herren verdoppelten, um auch in den Kriegs-
jahren keinen Ausfall zu erleiden. Diese Profite stiegen selbstver-
ständlich bis zum April 1920 ins Fabelhafte (zu 600 Proz.), während
die Löhne der Arbeiter nicht ausreichten, ein einigermaßen geordnetes
Leben führen zu können. In Unbetracht dessen kann die Arbeiter-
schaft sich einem Lohnabbau unter keinen Umständen anschließen, son-
dern sieht sich gezwungen, eine 40prozentige Lohnerhöhung zu fordern,
allgemein kein Preisabbau zu merken ist, im Gegenteil sämtliche
Lebensmittel und Bedarfsartikel täglich im Preise steigen. — Unter
diesem „Verschiedenes“ kamen zwei Angebote in Bekleidungsartikeln zur
Ankündigung, sowie eine Einladung zu dem am 29. August statt-
findenden Radfahrerfest in Fischbach. Genosse Weit ersucht die An-
wesenden, sich mehr in die Arbeiterpresse zu vertiefen und stets die
Wichtigkeit hochzuhalten. Mit einem kräftigen Appell an die Mit-
glieder, treu zur Organisation zu halten, fand die Versammlung ihr
Ende.“

Küps. Die Zahlstellenversammlung war gut besucht. Kollege
erklärte zunächst den Rassenbericht vom 2. Quartal, worauf
die Entlastung erteilt wurde. Zu Punkt 2 gaben die Betriebsräte
Bericht von der Betriebsrätekonferenz in Kronach, wonach auch in
ihrem Bezirk ein Gruppenrat, Zentralrat und Vollzugsrat gebildet
wurde. Zu Punkt 3: Betriebsfrage, gab Kollege Schneider einige
Erläuterungen. Es wurde dann viel diskutiert über die jetzigen Min-
destlöhne und den von den Unternehmern bei der letzten Lohnver-
handlung vorgeschlagenen Lohnabbau. Darauf wurde von der Ver-
sammlung folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder der Zahlstelle Küps betrachten es als eine
Bürden von Seiten der Unternehmer, jetzt bei dem blühenden
Wachstum des Wuchers, des Schleichhandels und Auszahlung der
erhöhten hohen Dividenden bei den Fabrikanten, an einen Lohn-
abbau zu denken. Merkt man bei den Porzellan-, Textil- und Leder-
fabrikanten etwas von Preisabbau? Gewiß nicht. Darum fordern
wir, der Hauptvorstand möge bei der nächsten Lohnverhandlung
herunter, sondern hinauf gehen mit den Mindestlöhnen. Wir
wollen nicht, daß er einen sehr schweren Stand bei den Ver-
handlungen hat; aber lieber ohne Tarif, als nur eine Minute über
Lohnabbau zu verhandeln. Borerst weg mit den unsinnigen Lebens-
mittel- und Bedarfsartikelpreisen, dann sind auch wir bereit, mit
Lohnabbau zu beginnen. Sollten aber die Unternehmer starr-
sinnig sein, dann möge der Hauptvorstand daran denken, daß er nicht
am ist, sondern über 50000 für ihr Recht kämpfende Kollegen
hat, auf die er sich auch verlassen kann. Die Porzellan-
arbeiter wollen sich nicht immer bloß verträumen lassen. Darum, auf
Kampf, oder Preisabbau.“

Nach einer lebhaften Debatte über die Zustände in unserem
Land wurde der Betriebsrat beauftragt, dahingehend zu wirken,
daß wenigstens unter der Arbeiterschaft mehr Einigkeit herrschen
kann, dann können auch wir mehr erreichen. Eine von unserer Firma
eingeleitete Arbeitsordnung wurde einstimmig abgelehnt und be-
stimmte, sich nur nach der von dem Arbeitsministerium vorgeschla-
genen Musterarbeitsordnung zu richten und dann vorzulegen. Nach
den weiteren Betriebsfragen schloß der Vorsitzende, Kollege
er, mit dem Mahnruf, die Versammlungen immer regelmäßiger
besuchen; denn hier ist der Platz, wo jeder seine Meinung kund-
tun kann.

Mannheim. Am 21. und 22. August fand hier eine Konferenz
süddeutscher „Zahlstellen“ statt. Vertreten waren die Zahl-
stellen in Nürnberg (Mühlent), Grünstadt (Wuch), Hornberg (Wenzig),
Karlsruhe (Rahles), Mannheim (Bauer und Walther), Ditz (Ruff),
Erdorf (Stengels), Schramberg (Galler), Staffel (Eichmann),

Beil a. S. (Schwab und Frau Hettler) Als Vertreter des Verbands-
vorstandes war Kollege Schneider-Charlottenburg erschienen. Mit
der Leitung der Verhandlungen wurden die Kollegen Bromann und
Stengels betraut. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Formali-
täten erstatteten die Delegierten kurze Situationsberichte über den
Stand der Verhältnisse in ihren Zahlstellen und Betrieben. Im
großen und ganzen ging aus den Berichten hervor, daß die Arbeiter-
schaft in den in Frage kommenden Betrieben fast restlos organisiert
ist. Die Lohnverhältnisse sind ziemlich gleichmäßig, mit Ausschluß
von Mannheim und Karlsruhe. An verschiedenen Orten waren
Meinungsverschiedenheiten mit den Unternehmern entstanden über
die Auslegung einzelner Tarifpositionen, die Kompetenzen der Be-
triebsräte usw., die auch in zwei Orten zu offenen Konflikten führten.
Nach Schluß der Berichterstattung zog Kollege Schneider ein Resümee,
wobei er auf einige Fragen besonders einging, um Klärung zu
schaffen, soweit irrtümliche Auffassungen vorzuliegen schienen.

Hierauf wurde die Nachmittagssitzung vom 21. August ab-
gebrochen.

In der Fortsetzung der Konferenz am 22. August vormittags
wurde zunächst festgestellt, daß alle Delegierten vollzählig zur Stelle
waren. Hierauf wurde in den wichtigsten Punkt der Tagesordnung:
„Agitation und Gauleiterfrage“, eingetreten. Die Diskussion hier-
über, an der sich alle Delegierten beteiligten, war eine sehr lebhafte.
Wie ein roter Faden zog sich durch alle Reden der Gedanke, daß die
Anstellung eines Gauleiters notwendig sei, damit auch die auf der
Konferenz vertretenen Zahlstellen einen Vertreter ihrer Interessen
ständig an der Hand haben. Der Vertreter von Karlsruhe, der
hierbei von anderen Delegierten unterstützt wurde, vertrat die Forde-
rung der Errichtung eines Gauleitersamts für Süddeutschland, weil
die süddeutschen Zahlstellen keine günstigen Erfahrungen mit dem
Gauleitersamt in Bonn gemacht haben. In namentlicher Abstim-
mung wurde mit allen gegen die Stimme des Kollegen Halter-
Schramberg, beschlossen, vom Vorstand die Anstellung eines Gau-
leiters für Süddeutschland zu verlangen.

Hierauf nahm der Vorstandsvorsteher Schneider das Wort.
Er stellte fest, daß kaum mehr als 2000 Mitglieder in Frage kommen
können, für die ein besonderer Gauleiter verlangt werde. Die nicht
geringen Kosten und die damit verknüpfte Belastung der Verbands-
kasse werde voraussichtlich den Vorstand bestimmen, von einer An-
stellung zurück zu absehen. Jedoch halte er das Verlangen der Mit-
glieder, denen ein Gauleiter nicht zur Seite stehen kann, für be-
rechtigt, daß auch ihnen Schutz und Beistand geleistet werde, sofern
es notwendig ist. In erster Linie sei es bei auftauchenden Differenzen
in einem Betriebe notwendig, daß der Betriebsrat sich bemühe, diese
zu schlichten. In den Fällen, in denen das nicht gelingt, müßte sofort
der Verbandsleitung genauer Bericht gegeben werden, aus dem zu
ersehen ist, welcher Art die Differenzen sind, welchen Standpunkt
hierbei die Kollegen und der Betriebsrat auf der einen, der Unter-
nehmer oder dessen Beauftragter auf der anderen Seite einnehmen.
Sofern zur Beilegung der Differenzen Verhandlungen an Ort und
Stelle notwendig sind, soll der Vorstand einen seiner Vertreter oder
einen Gauleiter delegieren, und wenn beides nicht möglich, einen von
den Kollegen in Vorschlag zu bringenden Vertrauensmann aus dem
Bezirk zu eventuellen Verhandlungen bevollmächtigen. Damit würde
auch ohne Anstellung eines Gauleiters das erreicht, was in der Haupt-
sache beansprucht wird. Der Vertreter von Grünstadt stellte, denn
auch den Eventualantrag, daß für den Fall, daß die Anstellung eines
Gauleiters vom Vorstand abgelehnt werden sollte, in dieser Weise
verfahren, und daß jeder Zahlstelle ein Vorschlagsrecht zugestanden
werde. Diesem Antrage wurde einmütig zugestimmt.

Zu Punkt „Agitation“ wurde bemerkt, daß die gewerkschaft-
liche Aufklärungsarbeit in den Zahlstellen sehr notwendig sei. Be-
lehrende Vorträge in den Versammlungen fehlten, und möge der Vor-
stand auch hierin den auf der Konferenz vertretenen Zahlstellen be-
helflich sein.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde die Art der Ortslohn-
klasseneinteilung im Tarif bemängelt, unter Hinweis auf die An-
strengungen, die von verschiedenen Zahlstellen gemacht werden muß-
ten, um in eine höhere Ortsklasse versetzt zu werden. Zum Teil sind
diese Anstrengungen noch ohne Erfolg geblieben. Schneider ging auch
auf diese Frage des näheren ein und betonte, daß die Ortsklassen-
einteilung nicht auf Verlangen von unserer Seite erfolgt ist. Wichtig
ist, daß in fast allen Reichs-, Landes- oder Bezirksstarifen eine Grup-
pierung nach Ortsklassen besteht, und auch wir nicht verhindern konn-
ten, daß in unserem Tarife eine solche Aufnahme fand. Nach Erörterung
noch einiger unwesentlicher Angelegenheiten wurde die Konferenz ge-
schlossen.

Marktrenten. Der Besuch der Versammlung vom 28. August
war ein mittelmäßiger; es hätte, dem Ernste der Zeit entsprechend,
alles anwesend sein können, um ein einheitliches Zusammenarbeiten
zu ermöglichen. Wahrscheinlich fehlt den Richterscheinen noch der
nötige Gewerkschaftsgeist. Als Delegierte zum Gewerkschaftsstatell
wurden Hans Horn, Fritz Burdner, Max Ed, in den Gruppenrat
Peter Schmidt und Hans Wunschel einstimmig gewählt. Bei Fest-
legung der Arbeitsordnung wurden alle einzelnen Paragraphen genau
durchgenommen, einzelne Nachteile beseitigt und die Stellung der
Arbeiterärzte hieran klargestellt.

Ueber die kommenden Lohnverhandlungen entspann sich eine leb-
hafte Diskussion, bei der alle Anwesenden ihre Enttäuschung über das
Verhalten der Unternehmer bei den letzten Verhandlungen ausspre-
chen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Porzellanarbeiter Marktrentens verurteilen aufs schärfste
das Verhalten der Unternehmer bei den letzten Verhandlungen. Da
sich hier in unserem Orte noch keine Besserung der Lebenshaltung
bemerkbar gemacht, sondern wir von Monat zu Monat mit einer
steigenden Teuerung zu rechnen hatten, z. B. Licht, Miete, Beheizung,
Kartoffeln und sonstige Bedarfsgegenstände, macht sich eine ver-
schlechterte Lebenslage bemerkbar, die durch den Steuerabzug, die er-
höhten Beiträge zu Unterstützungszwecken, Krankenkasse usw. immer
drückender zu werden beginnt. Der letzte Zuschlag von 10 Proz. war
viel zu minimal, um einen Ausgleich zu schaffen. Der Verdienst
bleibt vom Existenzminimum noch weit zurück. Die Zahlstelle M.
fordert daher 30 Proz. Lohnerhöhung. Die Arbeiterschaft hat das

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.